Nummer 38.
Freitag, den 22. Januar 1892.

Berliner Tageblatt.

Zweites Beiblatt.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Preußischer Landtag.

Haus der Abgeordneten.

3. Sitzung vom 21. Januar 11 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Ministerpräsident Graf **Caprivi**: Ich will nur mit einigen kurzen Worten auf zwei Punkte der allgemeinen Politik eingehen. Es ist hier eine Aeußerung erwähnt worden, die von einer Verpachtung der Staatsbahnen, von einem Rückgange der Staatseisenbahnverwaltung von dem Umfange, den sie jetzt angenommen, gesprochen hat. Ich erkläre hiermit, daß die Regierung auf eine solche Idee einzugehen nicht in der Lage ist. Es liegen in der Erstens der Staatsbahnen so viel allgemeine militärische, öffentliche Interessen, daß die Regierung auf einen solchen Gedanken niemals eingehen kann. Der Abg. Rickert hat gemeint, die Regierung habe eine Schwenkung vorgenommen und hat diese Aeußerung damit motivirt, daß ihm das Volksschulgesetz nicht zusagt. Ich habe schon an anderer Stelle mich dahin ausgesprochen, daß ich es nicht für möglich halte, daß die Regierung eines monarchischen Staates sich ausschließlich auf eine bestimmte Partei stützt. Es liegt in unserem Parteiwesen ein gewisses Moment, die wirthschaftlichen Motive hervorzukehren, und je stärker der Drang ist, mit dem das geschieht, desto mehr liegt in der Thätigkeit der Parteien eine Gefahr, daß das Ganze außer Acht gelassen wird, daß dadurch Extreme entstehen, und daß diese Extreme zu Uebertreibungen führen. Ich glaube daß die Regierung eines monarchischen Staates niemals versprechen darf, auf die Dauer mit einer bestimmten Partei zu gehen, und ich halte nach wie vor daran fest, daß wir das Gute nehmen, woher es kommt. Die freisinnige Partei hat uns bei jeder Gelegenheit das vorgehalten, wenn sie glaubte, daß das Gute auf ihrer Seite liege; jetzt aber, wo wir glauben, daß das Gute auf der anderen Seite liegt, sollen wir an dem Grundsatz nicht festhalten. (Beifall.)

Finanzminister Dr. **Miquel**: Die Herren Vorredner haben im großen Ganzen meine Auffassung der Finanzlage und der Konsequenzen, die ich daraus ziehe, gebilligt. Ich kann damit nur zufrieden sein und mich darauf beschränken, auf einige spezielle Fragen etwas näher einzugehen, die die beiden Vorredner erwähnt haben. Die Hauptfrage ist jedenfalls das Verhältniß der Eisenbahnverwaltungen zur allgemeinen Finanzverwaltung. Der Abg. Rickert will, seinem von jeher innegehabten Standpunkt getreu, aus dem jetzigen Finanzwesen Preußens eine Bestätigung seines Standpunktes gegen die Verstaatlichung herleiten. Vom finanziellen Standpunkt ist jedenfalls seine ablehnende Haltung nicht berechtigt, denn unsere Staatseisenbahnen verzinsen auch nach dem vorliegenden Etat nicht blos die gesammten Kapitalien, sondern sie ergeben auch einen Ueberschuß von 116 Millionen. Wir haben also bei der Verstaatlichung in jedem Fall ein sehr gutes finanzielles Geschäft gemacht. Wenn der Abg. Rickert weiter sagt, das System der Staatseisenbahnen habe Bankerott gemacht, weil es sich nicht fähig gezeigt habe, wirthschaftliche Reformen durchzuführen, so kann ich nur an die Ausführungen des früheren Ministers von Maybach erinnern, was für große Reformen, die über 100 Millionen Mark gekostet haben, gerade unter dem System der Staatseisenbahnen zur Durchführung gelangt sind. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Abg. Rickert sagt, für die Landeswohlfahrt sei seitens der Staatseisenbahnverwaltung nicht genug geschehen, so steht das im Widerspruch mit seiner Warnung vor dem Uebermaß von Schuldarbahnen, mit denen der frühere Minister die verschiedenen Landestheile beglückt habe. Es kann kein Zweifel darin bestehen, daß, wenn der Staat nicht die großen rentablen Linien in der Hand gehabt hätte, er nicht im Stande gewesen wäre, so viele schwächer rentirende Linien zu bauen und so einer großen Anzahl von Provinzen aufzuhelfen, für die sonst wenig Aussicht vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß haben diejenigen, die seinerzeit für die Verstaatlichung eingetreten sind, niemals verkannt, daß in der großen Ausdehnung der Betriebsverwaltungen für die gesammte Staatsverwaltung ein Moment großer Unsicherheit und bedeutender Schwankungen liegt, und es war daher das Bestreben ausgezeigt, diese Schwankungen möglichst klein zu machen, indem man nicht alle Ueberschüsse, die ein Jahr gebracht hat, auch verzehrte und verbrauchte und darauf dauernde Staatsausgaben basirte, sondern eine möglichste Ausgleichung durch Ansammlung von Fonds herstellte. Ich gebe zu, daß das Gesetz von 1882, das sogenannte Eisenbahngarantiegesetz, diese Aufgabe nicht voll erfüllen konnte, und heute, wo wir in so erheblichem Maße, übrigens mit Zustimmung aller Parteien, dauernde Staatsausgaben auf diese Ueberschüsse basirt haben, ist die Korrektur in dieser Beziehung überaus schwierig geworden. Ich werde mich gern, wenn ich dazu noch Gelegenheit habe, mit dem Minister für öffentliche Arbeiten darüber in Einvernehmen setzen, und es ist das zum Theil auch schon geschehen, um Erwägungen darüber anzustellen, was in dieser Beziehung heute noch geschehen kann. Denn auch hier ist das Interesse der allgemeinen Finanzverwaltung durchaus nicht entgegen dem Interesse des betreffenden Ressorts. Ich kann aber nicht sagen, welches Resultat sich ergeben wird. Daß die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltungen in der allgemeinen Staatsverwaltung in gewissem Sinne so gewirkt haben, wie die Ueberschüsse in der lex Huene auf gewisse Kreise, kann ich nicht in Abrede stellen. Es kann daraus auch kein Vorwurf gegen den Einzelnen, gegen die Regierung oder das Abgeordnetenhaus oder die Parteien gemacht werden. Es liegt das in der Natur der Sache, nicht in der Organisation. Nun haben wir allerdings in den letzten 5—6 Jahren für die verschiedensten durchweg nützlichen und zum Theil nothwendigen Ausgaben unseren Ausgabetat in außerordentlicher Weise erhöht. Ich brauche Ihnen die einzelnen Namen nicht zu nennen. Man wird unsichwer 150 Millionen dauernder Mehrausgaben herausrechnen können. Dem gegenüber sind aber unsere sicherten, stabilen Einnahmen nicht in demselben Verhältniß gewachsen. Wir hoffen allerdings, diese Einnahmen erheblich zu steigern. Andererseits ist zu auch zu bedenken, daß ein erheblicher Theil der rapide gestiegenen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung nur vorübergehender Natur ist. Es ergiebt sich aus dieser Lage ganz naturgemäß, daß wir bei allen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung genau prüfen müssen, ob nicht Ersparnisse möglich sind, und ferner daß wir in der allgemeinen Finanzverwaltung ebenfalls einigermaßen vorsichtiger sein müssen, als uns das im Vorjahre nöthig zu sein schien. Ich bin selbstverständlich sehr dankbar, wenn die Herren uns neue Einnahmequellen nennen können. Werden die Ausgaben nicht völlig gedeckt durch die Einnahmen, so ergiebt sich für einen vernünftigen Menschen von selbst, daß er sich nach der Decke strecken muß. Die gleiche Erscheinung der Steigerung der Ausgaben hat übrigens nicht nur im Staate stattgefunden, sondern auch in den Kreisen und im Kommunalleben, und es ist nur zu wünschen, daß auch in weiten Kreisen die Ueberzeugung Platz greift, daß man möglichst sparen muß.

Ich erinnere Sie weiter daran, daß der preußische Staat gewaltige Erträge aus seinen Forsten und Domänen hat, die so groß sind, daß für die Verzinsung der Staatsschuld kein Pfennig den Steuerpflichtigen abgefordert zu werden braucht. Wo ist ein Staat, der so solide Finanzgrundlagen hat? Wir brauchen diese Grundlagen, die wir unseren Vorfahren verdanken, nicht neu zu schaffen, sondern wir haben nur die Pflicht, sie zu erhalten. (Beifall.) Wir sollten heute nicht blos auf dem sozialen Gebiete, auf dem Gebiete der nationalen Gemeinsamkeit, sondern auch auf dem finanziellen Gebiete unsere Kräfte schonen und zusammenhalten. Die Zeiten sind dazu angethan, daß die Nationen in ihrer Gesammtheit ihre Kräfte zusammenzuhalten und zu verstärken bestrebt sein muß.

Der Abg. Rickert hat ein Streiflicht geworfen auf das vermuthliche Resultat der Einschätzungen zur Einkommensteuer und die Veranlagung ausgesprochen, daß dieses Resultat in den ländlichen Bezirken mangelhaft und unrichtig sein werde. Wir im Finanzministerium würden uns gegenwärtig ein solches Urtheil nicht erlauben, denn wir kennen diese Ergebnisse noch gar nicht; einzelne Zeitungsnachrichten ergeben kein Gesammtbild und können die Verhältnisse nicht richtig darstellen. Ich bin fest überzeugt, daß sowohl in der Stadt als auf dem Lande nach bindnach die Veranlagungen immer besser und sicherer werden. Heute sind sowohl die Behörden als auch die Bevölkerung noch unerfahren. Tausend zweifelhafte Fragen schwirren herum. Ehe nicht darin, namentlich durch die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts feste Prinzipien geschafft sind, kann unmöglich ein solches Werk in ersten Jahre fertige Resultate liefern. Auch in den anderen Staaten, welche die Deklarationspflicht eingeführt haben, bedurfte es eines längeren Zeitraumes, bis das Ziel erreicht war. So viel aber hat sich bis zum gestrigen Tage herausgestellt, daß kein Gesetz nothwendiger war als die Reform der Einkommensteuer. (Sehr richtig!) denn es hat sich gezeigt, daß große Summen des Einkommens völlig dunkel und daher unversteuert blieben. Das dies in höherem Grade der Fall ist bei dem Kapitaleinkommen, welches nicht sichtbar vor uns liegt, als bei dem Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetriebe, liegt in der Natur der Sache, denn hier sind wenigstens die Quellen ersichtlich. Aber die Gerechtigkeit steht nicht stille vor bestimmten Klassen, ihr Ziel ist, alle Klassen gleichmäßig zur Steuer heranzuziehen; wenn ich mich in etwas schlechten Latein ausdrücken darf: justitia est fundamentum regnorum, et etiam in distributione onerum publicorum. (Sehr gut!) Ich glaube daher, daß die Herren, welche für die Reform gestimmt haben, welche nicht bemüht gewesen sind, sie zu erschweren, sei es mit der Faust oder mit dem kleinen Finger, diese Stellungnahme nicht bereuen werden, und das Land, mag auch momentan der Einzelne sich stark angespannt fühlen, wird den Segen der Reform empfinden.

Zu Bezug auf die Aeußerungen des Abg. Rickert über die östliche Provinzen kann ich nur bemerken, daß sich die Regierung ihrer Aufgabe vollauf bewußt ist, diesen schwergeprüften Provinzen zu Hilfe zu kommen, und der vorliegende Etat beweist Ihnen, daß sie danach handelt.

Zu der Position 750,000 M. für die Unterstützung der evangelischen Kirche, behufs Beseitigung der Stolgebühren, habe ich bereits ausgeführt, daß die Regierung in dieser Beziehung vor Allem den fast einstimmigen Beschlüssen beider Häuser des Landtags folgte. Diese Ausgabe mußte einmal kommen und da sie eine dauernde ist, so können wir es um so eher als sie sich jedenfalls mit der Zeit verringern und in nächsten Jahre sich günstiger stellen wird. Ein Vorwurf gegen den Finanzminister kann also daraus nicht gemacht werden.

Ein Finanzminister hat gewiß die Aufgabe, mit den Mitteln des Staates sparsam umzugehen unter dauernder Aufrechterhaltung der Grundlagen der Finanzverwaltung, aber er hat auch noch eine andere, die in knappen Zeiten doppelt schwierig ist, die distributive Verwendung der Staatsmittel für die einzelnen Ressorts; hier ist es ganz besonders schwierig, die Ausgaben zu beschränken, die nicht dringend geboten sind; daß der Finanzminister dieser Aufgabe nach Kräften nachgekommen ist, wird der Abg. Rickert im Extraordinarium sehen, wenn er es genau durchsieht. Sollten aber die Herren noch unnöthige Ausgaben im Etat finden, so werden sie bei mir ein williges Ohr für ihre Ersparnisse finden. Wenn ich aber die Ersparnisse der letzten Jahre in Rücksicht ziehe, so kann ich nicht sagen, daß es dem Abgeordnetenhause gelungen ist, die Ausgabepositionen bis jetzt erheblich herunterzusetzen. Die Hauptlast dafür trat den Finanzminister. Ich fürchte, es wird auch dies Jahr genau so gehen wie in dem Vorjahre. (Beifall rechts.)

Kultusminister Graf **Zedlitz**: Ich möchte nur einige thatsächliche Behauptungen richtig stellen, die der Abg. Rickert aufgestellt hat. Er richtet an meine Adresse den Vorwurf, daß jetzt wieder der Unfug der offiziösen Presse eingerissen sei, so wie es früher der Fall war. Dieser Vorgang ist mir unbekannt. Wenn eine Reihe von Zeitungen Veröffentlichungen über den Wortlaut des Volksschulgesetzes gebracht haben, so lag das einfach daran, daß ich es für meine Pflicht halte, die Thüren des Kultusministeriums für Niemand verschlossen zu halten und daß, wenn Herren zu mir kommen, um sich über wichtige Sachen mit mir zu unterhalten, ich ihnen gerne Unterredungen gewähre. (Beifall rechts.)

Die Mittheilung amtlicher oder halbamtlicher Mittheilung meinerseits kann keine Redesein; war an solchen in die Presse kam, muß auf Mißverständnissen beruhen; in seinem Fall aber ist irgend eine Beeinflussung der Presse von mir oder einem anderen Minister versucht worden. Charakteristisch ist ja auch der Umstand, daß diese Mittheilungen in Zeitungen der verschiedensten Richtungen gefunden haben; ich erinnere mich, daß Herren der conservativen, der freisinnigen, der nationalliberalen Partei zu mir gekommen sind, und mit Allen habe ich mit der gleichen Offenheit gesprochen, soweit es ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses möglich war.

Der Tenor der Ausführungen des Abg. Rickert ging aber nach einer anderen Richtung; er sagte: Wir haben Gesetzentwurf, den das Ministerium vorgelegt hat, wird das Schulwesen Preußens, ein Glanzpunkt der preußischen Kulturentwickelung, zurückgeschraubt auf einen Zustand, der hinter den Friedericianischen Traditionen zurücksteht. Dieser Entwurf ist eine der weitgehendsten Konzessionen der Regierung an den Ultramontanismus. Die Staatsschule Preußens wird damit eine Kirchenschule und der Einfluß der Kirche in ihr maßgebend. (Sehr wahr! links und bei den Nationalliberalen.) Ich möchte beinahe glauben, daß der Abgeordnete den Gesetzentwurf doch noch nicht ganz durchgelesen hat. (Heiterkeit.)

Abg. **Rickert**: Aber sehr; sonst könnte es ihm doch klar sein, daß das hervorragendste Hoheitsrecht des Staates, das Aufsichtsrecht über die Schule, völlig unangetastet bleibt und ferner, daß dieser Entwurf an keine Partei und an keine Konfession eine Konzession macht, sondern lediglich eine Konzession an das Verfassungsrecht des preußischen Staates (Sehr wahr im Ztr.); er ist die unmittelbare Ergänzung dessen, was in der Verfassung steht. (Beifall im Ztr.) Von Konzessionen an Parteien oder Konfessionen ist absolut nicht die Rede. (Widerspruch links.) Wenn Herr Rickert sagt, daß hier ein Widerspruch mit der Entwicklung des Schulwesens vorliege, so weiß ich nicht, wie er diese Behauptung beweisen will, denn der Entwurf legt nur fest, was seit 100 Jahren in Preußen Praxis war. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Hobrecht** (Natl.): Der gegenwärtige Etat giebt keine Veranlassung, unsere Finanzlage als gefährlich oder besorgniserregend anzusehen. Die Grundlagen unseres Staatshaushalts sind gesund, das zeigt sich auch im diesjährigen Etat; es wäre allerdings mein Wunsch, daß die Staatsfinanzen von den Schwankungen der Eisenbahneinnahmen unabhängig gemacht würden, und ich glaube, daß das ein unerfüllbarer Wunsch ist. Wir haben das Motiv zur Verstaatlichung nicht aus finanziellen Gründen genommen, wir haben aber schon damals vorausgesehen, daß die Eisenbahn-Einnahmen für den Staatshaushalt mit den Jahren eine immer wichtigere Rolle spielen würden. Die jetzige Lage kann uns daher nicht überraschen. Es wäre aber ungerechtfertigt, aus diesen Erscheinungen einen Grund zum Pessimismus zu schöpfen, eine Besserung ist ohne Gefahr für unsere Finanzen möglich.

Ich bedauere, daß in weiten Kreisen ein solcher Pessimismus eine mißmuthige Stimmung herrscht. Diese hat aber seit dem Bekanntwerden des Volksschulgesetzes bestimmte Form gewonnen. Die Verfassung geht von der Voraussetzung aus, daß Staat und Kirche in Bezug auf die Erziehung der Kinder durchaus einig sind, daß ein Gegensatz in dieser Beziehung nicht besteht. In der That hat sich diese Uebereinstimmung seither erhalten. Der Staat hat selbst in den Tagen des heißesten Kulturkampfes unbedingt das erfüllt, was unsere Verfassung will. (Sehr wahr! links.) Etwas ganz anderes aber ist es, was in dieser Form zum Gesetz gemacht werden soll. (Sehr wahr! bei den Nl. und links.) Hier wird der Konflikt zwischen Staat und Kirche in die Brust des armen Lehrers gelegt (lebhafte Zustimmung links und bei den Nl.); er wird, da es sich um die Existenzfrage für ihn handelt, in die Versuchung geführt, zum Pfaffen zu werden (lebhafte Zustimmung links und bei den Nl. — Lachen im Ctr.) Denn Niemand kann zweien Herren dienen. Daß es sich aber hier um zwei Herren handelt, wird ja eben durch dieses plötzliche Verlangen nach Grenzregulirung gesagt. (Sehr wahr links.) Das macht uns tiefe Sorge. Ich bin mir bewußt, wie selten in meinem Leben, daß ich nicht für meine Person allein spreche, sondern daß ich die Sorgen weiter Kreise im Lande zum Ausdruck bringe. (Zustimmung links und bei den Nationalliberalen.)

In Verbindung mit dieser Sorge erscheint auch die Beunruhigung gerechtfertigter, die durch die veränderte Stellung der Regierung den Polen gegenüber hervorgerufen ist. Wenn die Regierung den Polen gegenüber eine mittlere Praxis anschlägt, so stimme ich ganz damit überein. Ich schließe auch nicht die Berufung des Herrn v. Stablewski, weil meiner Ueberzeugung nach das Mitwirkungsrecht des Staates dabei gewahrt ist. Aber ich halte an dem Satze fest, daß der preußische Staat in jenen Landestheilen mit gemischter Bevölkerung keine andere Wahl hat, als mit allen gesetzlichen Mitteln die Bevölkerung für die deutsche Kultur zu gewinnen. Damit erfüllt er ein Gebot der Selbsterhaltung, und damit erwirbt er auch der polnischen Bevölkerung die größte Wohlthat. Sofern der preußische Staat von dieser Richtschnur abgewichen ist, hat er sich selbst bitter geschadet. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Es hat keine andere Folge gehabt, als daß durch die scheinbare Nachgiebigkeit die polnische Home rule-Partei gestärkt wurde und es zu einer Kritik gebracht hat, die nur mit traurigen Mitteln überwunden werden konnte. Weil die Konfessionellen und nationalen Grenzen in jenen Landestheilen zusammenfallen, ist eine Schwächung der Autorität des Staates in der Unterrichtsverwaltung doppelt gefährlich. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Auch ohne den Versuch einer Grenzregulirung hat bisher der Staat die konfessionellen Verhältnisse in der allerschonendsten Weise berücksichtigt. Ich kann nur sagen, ohne daß ich dafür bestimmte weitere Beweise angeben kann, daß auch bezüglich des Verhaltens den Polen gegenüber eine erhebliche Beunruhigung im Lande entstanden ist.

Daß wir jetzt in eine Oppositionsgebrängt werden, wie es scheint, eine ausschließliche Opposition, ist das Schlimmste nicht für unsere Partei. Das Schlimmste ist, daß jetzt religiöse Rücksichten in politischen Fragen entscheiden sollen. (Sehr richtig! links.) Wir werden Alles aufbieten, um zu verhindern, daß dieses Gesetz zu Stande kommt, weil es verderblich ist für unseren Staat. Wir werden dahin wirken, daß dem Gesetz eine Form gegeben wird, in der wir ihm zustimmen können. Was wir vertheidigen, ist im letzten Grunde die Autorität des Staates. (Lebhafte Zustimmung links. — Lachen im Centrum.) Wir stärken damit den historischen Beruf Preußens und haben die Hoffnung, daß wir uns auch in konservativen Reihen nicht vergebens nach Kampfgenossen umsehen werden. (Lebhafter Beifall links und bei den National-Liberalen.)

Minister der öffentlichen Arbeiten **Thielen**: Wenn ich mir gestatte, zu diese Fragen, die mein Ressort berühren, einige kurze Bemerkungen zu knüpfen, so veranlaßt mich hierzu zunächst der Wunsch, schon heute eine Aufklärung über diejenigen Gründe zu geben, die in erster Linie beigetragen haben, das Ergebniß der Staatseisenbahnverwaltung im laufenden Jahre ungünstiger erscheint, sodann aber auch der Wunsch, die Annahme im Lande nicht Raum gewinnen zu lassen, als ob diese minder günstigen Ergebnisse durch unwirthschaftliche Maßnahmen in der Verwaltung herbeigeführt seien. Die umsichtige, thatkräftige und zielbewußte Leitung der Staatseisenbahnen durch meinen hochverehrten Herrn Amtsvorgänger, dessen Verdienste um die landwirthschaftliche Entwickelung des Landes im Hause wie im Lande selbst mit aller Wärme anerkannt sind, dürfte von vorneherein diese Annahme als hinfällig erscheinen lassen.

Der Staatseisenbahnbetrieb ist ein Handelsgeschäft, wie jedes andere gewerbliche Unternehmen, und unterliegt denselben Bedingungen des Gedeihens wie jedes andere Privatunternehmen auch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in allen Erwerbsunternehmungen des Landes die Ausgaben in den letzten Jahren eine unverhältnißmäßige Höhe erreicht haben, in Landwirthschaft wie in Bergbau, in Industrie wie im Handwerk. Bei den Resultaten der Staatseisenbahnverwaltung drückt sich das nur viel schärfer aus. Bei sinkenden Konjunkturen nehmen die Einnahmen viel rascher eine flache Linie an als die Ausgaben.

Den dreifachen Raum in den Mehranforderungen nimmt die Anbefferung der Personalverhältnisse ein, die Besoldung der Diätare ist erhöht, ebenso die Löhne, die Dienststunden sind beschränkt, entsprechend den Anregungen aus dem Hause und dem Lande.

Der zweite Grund liegt in der Vermehrung der Ausgaben für die Züge, es hat eine ziemlich große Vermehrung derselben stattgefunden. Wir waren dahin gekommen, daß eine große Anzahl unserer Personenzüge stark überlastet war (hört, hört!), daß regelmäßig mußten Personen- und Schnellzüge mit zwei Maschinen fahren, das entspricht nicht den Anforderungen an die Sicherheit des Verkehrs.

Ein weiterer Grund ist die Erhöhung der Kohlenpreise, sie hat ungefähr 4—5 Millionen betragen (Hört! hört! rechts.); wir haben einstweilen noch hohe Preise für englische Kohlen bezahlen müssen in Folge des Bergarbeiterstreikes. Unter den Nachwehen dieser Zeit stehen wir immer noch.

Ferner ist eine Vermehrung der Betriebsmittel eingetreten, wir waren zu den äußersten Anstrengungen gehegt worden, Lokomotiven und Wagen waren nicht in dem Maße vorhanden, wie nothwendig war.

Wir haben dann die Tragfähigkeit der Güterwagen bedeutend erhöht. Die Tragfähigkeit von 30,000 Güterwagen ist bis um 25 pCt. erhöht worden. Es wäre unwirthschaftlich gewesen, diese Maßnahmen allmählich zu machen, weil damit große finanzielle Erfolge zu erzielen sind. Endlich sind erhebliche Kosten für die Erneuerung des Oberbaues in Anspruch genommen worden. Ich stimme mit dem Finanzminister darin vollkommen überein, daß in den ungünstigen Ergebnissen der Staatseisenbahnverwaltung eine dringende Mahnung zur Sparsamkeit liegt. Ich bin meiner Pflicht mir im vollsten Maße bewußt, der Uebereinstimmung mit dem Finanzminister den vollsten Ausdruck zu geben. Für einen neu eintretenden Minister der öffentlichen Arbeiten ist es allerdings eine lohnende Aufgabe, mit Reformen vorzugehen. Eine solche Periode hat aber auch etwas Wohlthuendes insofern, als sie Veranlassung bietet, von oben nach unten und von unten nach oben zuzusehen, ob auch Alles in Ordnung ist und jedes Organ der großen Verwaltung seine Schuldigkeit thut.

Die Reform der Personentarifeist in der letzten Zeit mit solcher Werbe in den Vordergrund geschoben worden, daß man meinen sollte, das erste Postulat sozialer Weisheit wäre, den Zonentarif einzuführen, den Zonentarif in der allerradikalsten Form. (Hört! hört! rechts.) Ich hege nicht die Ueberzeugung, daß die Reform des Personentarifs eine überaus dringende ist, daß sie auch in der Zeit einer minder günstigen allgemeinen Finanzlage des Staates unbedingt durchgeführt werden müßte. (Sehr wahr! rechts.) Zu dieser Ueberzeugung bin ich gekommen mit Rücksicht darauf, daß auch unter der Herrschaft des gegenwärtigen Personentarifs der Verkehr sehr erheblich gewachsen ist, er ist seit 1880 um das Doppelte gestiegen. Weiter ist aber die Frage, in welcher Richtung sich diese Reform bewegen soll, noch vollständig unaufgeklärt. Das Projekt meines Vorgängers ist in den verschiedenen Eisenbahnkreisen ganz verschieden beurtheilt worden; meiner Ansicht nach wird die Reform darin zu suchen sein, daß der Personentarif auf einfache und übersichtliche Normen zurückgeführt wird, daß Erleichterungen geschaffen werden, die Jedermann zu Gute kommen. Mit der Einführung des Zonentarifs für den Berliner Vorortverkehr haben wir alle Wünsche auch nicht befriedigt, im Großen und Ganzen hat sich dieser einfache und übersichtliche Tarif aber als eine große Wohlthat erwiesen. (Zustimmung.)

Es ist nicht die Absicht der Staatseisenbahnverwaltung, auch wenn sie bei der gegenwärtigen Finanzlage zu umfassenden Reformen nicht vorgehen kann, die Hände in den Schoß zu legen. Sie wird die Reformpläne prüfen, mit denen sie bereinst in günstiger Zeit vorgehen kann, sie wird bemüht sein, den Verkehr des Publikums zu verbessern und zu sichern und das Personal besser zu stellen.

Ein erheblicher Vortheil des Staatseisenbahnsystems ist der, daß es Alle mit gleichem Maße mißt. Von den Privatseisenbahnen haben diejenigen, welche an einer gut frequentirten Linie lagen, den Vortheil, billigere Tarife zu bezahlen; wer mitten im Lande lag, mußte mehr zahlen. Herrn Rickert gegenüber bemerke ich, daß die Privateisenbahnen kurz vor der Verstaatlichung mit einer 20prozentigen Erhöhung der Tarife vorgegangen sind. Ich bestätige gern, daß die Bahn Marienburg—Mlawka geleistet hat, was zu leisten war, aber die Staatseisenbahn hat sie erst dazu in den Stand